



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Andreas Rahm, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5563
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2202
Telefax 06131 16-4438
poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

. März 2024

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 30. Januar 2024

TOP 3 Situation LKW Stellplätze in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 18/5135

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 30. Januar 2024 erhalten Sie zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen



Daniela Schmitt

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 30. Januar 2024

TOP 3 Situation LKW Stellplätze in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/5135 -

Anrede,

es ist gut, noch einmal über das Thema zu sprechen, weil sich seit der letzten Befassung im Jahr 2019 viel getan hat. Veränderungen hat es beispielsweise bei den Zuständigkeiten gegeben.

Gesunde Arbeitsbedingungen beim Transport sowie die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten sind wichtige Bausteine der Verkehrssicherheit auf unseren Straßen. Daher sind ausreichende Rastmöglichkeiten erforderlich. Vor allem in den Abend- und Nachtstunden sind viele Rastanlagen der Autobahnen, aber auch Autohöfe und anliegende Gewerbegebiete entlang der Autobahnen nach wie vor überlastet.

Die Landesregierung nimmt die Lkw-Parkplatzsituation sehr ernst. Wir konnten bereits viele Verbesserungen verwirklichen.

So wurden in der Zeit von 2009 bis Ende 2020 insgesamt 671 neue Lkw-Stellplätze gebaut. Mit Blick auf die bei den Planungen der Tank- und Rastanlagen zu berücksichtigenden Planungsstandards und Vorgaben des Bundes hat mein Ministerium in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Mobilität neue

und innovative Wege entwickelt, insbesondere für das so genannte telematisch gesteuerte Kolonnenparken. Rheinland-Pfalz war hierbei Pionier. An der Tank- und Rastanlage Montabaur wurde diese Technologie installiert, wodurch im Bestand mehr Stellplätze generiert werden konnten. Auf diese Weise konnte in Rheinland-Pfalz weiter zum Abbau des derzeit noch bestehenden Defizits beigetragen werden.

Unbestritten besteht weiterhin Handlungsbedarf und die Anstrengungen zur Schaffung von mehr Lkw-Parkmöglichkeiten müssen daher vor allem an den Autobahnrastanlagen weiter hochgehalten werden.

Diese Aussage trifft auch mit der Neuregelung zur Zuständigkeit uneingeschränkt zu.

Wie Sie alle wissen liegen seit dem 1. Januar 2021 die Bundesautobahnen in der Zuständigkeit der Autobahn GmbH des Bundes und des Fernstraßenbundesamtes. In diese Zuständigkeit fallen auch die zu den Bundesautobahnen gehörenden Rastanlagen mit den angefragten Lkw-Stellplätzen.

Da damit der Bund mit der Planung, Finanzierung und baulichen Erstellung von Lkw-Stellplätzen an Bundesautobahnen betraut ist, wurde das BMDV um Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der CDU gebeten.

Zur Frage, welche konkreten Ergebnisse aus der „Planungsbearbeitung der mehr als 30 bewirtschafteten und unbewirtschafteten Rastanlagen“ seit 2019 erzielt wurden, führt das BMDV wie folgt aus; ich zitiere:

“Die Erweiterung der Rastanlage Welschehahn an der A 3 befindet sich mit 13 zusätzlichen Lkw-Stellplätzen im Bau. Die Verkehrsfreigabe ist für 2024 geplant.

Die Rastanlagen Potzberg Ost und West an der A 62 befinden sich in der Ausführungsplanung. Mit der baulichen Sanierung der Anlagen soll 2024 begonnen werden.

Die Rastanlagen Donnersberg Ost mit 14 und Donnersberg West mit 19 zusätzlich geplanten Lkw-Stellplätzen an der A 63 befinden sich in der Ausführungsplanung. Mit dem Bau der zusätzlichen Lkw-Stellplätze soll 2024 begonnen werden.

Die Tank- und Rastanlage Hunsrück Ost an der A 61 befindet sich in der Planfeststellung. Der Planfeststellungsbeschluss für die 30 zusätzlichen Lkw-Stellplätze wird in 2024 erwartet.

Durch das geplante telematische Parkverfahren auf der Tank- und Rastanlage Hunsrück West an der A 61, das Ende 2024/Anfang 2025 in den Bau gehen soll, werden rund 29 zusätzliche Lkw-Stellplätze geschaffen.

Zudem wurde durch die Förderung des BMDV in 2022 ein Autohof bei Wörrstadt in der Nähe der A 63 mit 68 Lkw-Stellplätzen und in 2023 ein Autohof bei Koblenz in der Nähe der A 48 mit 32 Lkw-Stellplätzen neugebaut und in Betrieb genommen.“

Die Ausführungen des Bundesverkehrsministeriums zeigen, dass einiges passiert. In Summe betrachtet ist eine Menge angestoßen worden.

Lassen Sie mich aus Sicht der Landesregierung ergänzend folgende Anmerkung machen:

Wie zuvor dargestellt konnten wir bereits viele Verbesserungen im Zusammenhang mit der Lkw-Parkplatzsituation erreichen. Dennoch müssen die Anstrengungen aufrechterhalten bleiben, die begonnenen Planungen weiterbetrieben, zum Baurecht geführt und baulich umgesetzt werden.

Aufgrund der klaren Zuständigkeit beim Bund sind die Möglichkeiten der Landesregierung an dieser Stelle naturgemäß äußerst eingeschränkt. Gleichwohl werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten die Schaffung von Rastmöglichkeiten auch weiterhin unterstützen.

So stehen wir in regelmäßigem Austausch mit der Autobahn-GmbH des Bundes. Die Zusammenarbeit gestaltet sich aus Sicht der Landesregierung grundsätzlich gut. Bei der Schaffung zusätzlicher Lkw-Stellplätze, wie bei allen anderen Projekten, ist selbstverständlich, dass die Autobahn GmbH hier in eigener Zuständigkeit vorgeht und als Maßnahmenträger auch in den Dialog mit den betroffenen Kommunen tritt.

Die kommunale Planungshoheit ist verfassungsrechtlich als wesentlicher Gegenstand der Selbstverwaltungsgarantie verankert. Die Unterstützungsbereitschaft von kommunaler Seite hängt hierbei erfahrungsgemäß von der konkreten Betroffenheit ab. Das ist in den Regionen sehr unterschiedlich zu

spüren. Von Bedeutung ist der Dialog mit Anwohnerinnen und Anwohnern und der Öffentlichkeit. In diesen Prozess können sich alle politischen Mandatsträger konstruktiv einbringen, damit sich geplante Erweiterungs- und Ausbauaktivitäten zügiger umsetzen lassen.

In seiner Stellungnahme gegenüber meinem Haus führt das BMDV ergänzend aus, dass das Bundesministerium und die Autobahn GmbH des Bundes die Schaffung neuer Lkw-Parkmöglichkeiten auf den Rastanlagen als wichtige Daueraufgabe forcieren und hierzu eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Anrede,

die Landesregierung Rheinland-Pfalz setzt verkehrspolitisch auf einen breiten Mix aus Straße, Wasserstraße und Schiene. Dieser Ansatz kann Synergien für das Problem fehlender Rastplätze schaffen und langfristig zu einer Reduzierung des Stellplatzbedarfs an den Autobahnen beitragen. Gleichwohl ist ein steigendes Volumen des Güterverkehrs festzustellen. Das Thema bleibt weiterhin zu beobachten.

Vielen Dank!